



Flüchtlinge willkommen

Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not. Die meisten fliehen innerhalb ihrer Herkunftsländer oder in angrenzende Regionen. Nur ein kleiner Teil sucht Schutz in Europa. So gab es in Deutschland mit seinen 80 Millionen EinwohnerInnen in diesem Jahr rund 137.000 Asylanträge. Im Vergleich dazu nahm der Libanon mit etwa 4,5 Millionen EinwohnerInnen über 850.000 Flüchtlinge auf. In Berlin leben rund 13.000 Flüchtlinge, davon etwa 515 in Pankow. Hier sind, wie auch in den anderen Bezirken, weitere Unterbringungsplätze geplant, so dass demnächst rund 1.600 Flüchtlinge in Pankow leben werden. Gemessen an den rund 380.000 EinwohnerInnen des Bezirks ist dies eine kleine Zahl. Trotzdem ist ihre Aufnahme in die Gesellschaft eine Herausforderung.

Die Flüchtlinge haben alles verloren, unendlich großes Leid erlebt und viele sind traumatisiert. Sie müssen erst einmal in Erstaufnahmeeinrichtungen leben, die oft überfüllt sind und in denen es an vielen Dingen fehlt, beispielsweise an Winterbekleidung oder Spielsachen für Kinder. Auf Deutschkurse besteht kein Anspruch, es besteht ein Arbeitsverbot. Das alles sind keine guten Voraussetzungen, um einen Weg in diese Gesellschaft zu finden.

Diese Menschen in Not brauchen unsere Unterstützung und Hilfe. Das Netzwerk „Pankow hilft“ ist ein gutes Beispiel für gelebte Willkommenskultur. Die Gruppen in den einzelnen Unterkünften bieten konkrete Unterstützung für die Flüchtlinge an. Sie zeigen mit ihrem Engagement, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft gut und solidarisch zu-

Schwerpunktthema

- > **Kein Lottogewinn für die Stille Straße**
... weiter auf Seite 3
- > **Wohnen an der Michelangelostraße**
... weiter auf Seite 5
- > **Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen**
... weiter auf Seite 5
- > **Betongold im Thälmannpark**
... weiter auf Seite 6
- > **Personalnot im Bezirk**
... weiter auf Seite 7

sammenleben können. Diese und viele andere PankowerInnen zeigen gemeinsam mit den Flüchtlingen, dass kein Platz für Nazis in unserem Bezirk ist.



Elke Breitenbach
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

> Mittel der Jugendförderung stabilisieren

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte die Mehrheit der BVV Pankow, das Absinken der Mittel für Kinder- und Jugendförderung in den Bezirken zu verhindern. Damit unterstützt sie den Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses, bis zur Einführung einer neuen Finanzierungssystematik die Budgets mindestens stabil zu halten.

> Lebensqualität in der Stadt versus Verdichtung

Einem Antrag der Linksfraktion, für den Erhalt städtebaulicher Qualität Sorge zu tragen und nicht durch eine besinnungslose Verdichtung der innerstädtischen Wohnbebauung die Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner zu gefährden, wollte sich die SPD-Grüne-Zählgemeinschaft nicht anschließen. Stattdessen lassen sie sich von der Entwicklung überrollen und tragen selbst zur Mietensteigerung bei.

> Bolzen im Mühlenkiez

Auf gemeinsamen Antrag von SPD, LINKEN und Piraten hat die BVV beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, mindestens einen der fünf Bolzplätze im Mühlenkiez mit Blick auf eine dauerhafte Bespielbarkeit wieder in Stand zu setzen und bedarfsabhängig gegebenenfalls weitere zu ertüchtigen.

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraction in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraction-pankow.de

Keine gute Figur

An einem Antrag der CDU-Fraktion entzündete sich auf der 26. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow eine mitunter ideologisch aufgeladene Debatte über den Sinn und Zweck von Schnelllernerklassen. Das Bezirksamt sollte sich nach dem Willen der Union für zusätzliche Schnelllernerklassen im Schuljahr 2015/16 im Rosa-Luxemburg-Gymnasium bei der Senatsbildungsverwaltung einsetzen. Die BVV lehnte den Antrag ab. DIE LINKE spricht sich für ein möglichst langes gemeinsames Lernen aus. Zudem fordern wir deutliche Verbesserungen bei Personal, Gebäude- und Ausstattungsinvestitionen und für den Unterricht. Wer nur das Ziel im Auge behält, steigende Schülerzahlen in überfüllten Schulen unterzubringen, verliert den Anspruch an Qualität.

Das vom Berliner Senat beschlossene Zweckentfremdungsverbot soll zwar in den Bezirken umgesetzt werden, um illegale Ferienwohnungen zu verbieten. Eine hinreichende Ausstattung mit dem dafür notwendigen Personal hat der Senat aber verhindert. So soll diese wichtige Maßnahme gegen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern mit einer lächerlich geringen Ausstattung umgesetzt werden. In seiner Beantwortung einer Großen Anfrage zu diesem Thema machte der zuständige Stadtrat Kühne (CDU) dann auch keine gute Figur – wie sollte er auch: Nicht einmal eine verwendbare Software wurde den Bezirken zur Verfügung gestellt.

In Vertretung der zuständigen Sozialstadträtin informierte Christine Keil

(Stadträtin für Jugend und Immobilien) die BVV über den Stand der Unterbringung der Flüchtlinge. Ihre erschreckende Erkenntnis war:

Die Senatsverwaltung für Soziales scheint nicht nur von der Aufgabe einer menschenwürdigen Unterbringung von



Rosa-Luxemburg-Gymnasium in der Kissingenstraße

Flüchtlingen überfordert zu sein – sie arbeitet auch nicht in der gebotenen Weise mit den Bezirken zusammen. So werden die Verwaltungen, die wichtige Aufgaben – zum Beispiel bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen – wahrnehmen müssen, zum Teil gar nicht über die vorgesehenen neuen Unterkünfte informiert. Die Senatsverwaltung für Soziales, die sich dieser Aufgabe in den letzten Jahren nicht gestellt hat, verschärft die Situation dadurch zusätzlich, wenn nicht sogar vorsätzlich. Der „Pankower Weg“, mit dem im Bezirk bisher ein vorbildliches Willkommensnetzwerk für Flüchtlinge geschaffen wurde, wird durch das Handeln des CDU-Senators gefährdet.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Einladung BVV-Sitzung

am **26. November 2014**

> 28. Tagung der BVV Pankow
17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal
in der Fröbelstraße 17

Kein Lottogewinn

> **Stille Straße braucht eine sichere Zukunft**

Es war für alle Beteiligten ein ziemlicher Schock, als die Nachricht über die Ablehnung der Lottomittel für die Sanierung des Seniorentreffs „Stille Straße 10“ bekannt wurde.

Kaum jemand hatte mit dieser Ablehnung gerechnet. Zumal sich auch der Bezirk Pankow mit einer sehr positiven

Um dieses Geld aufzubringen, stellte die Volkssolidarität einen Antrag bei der Lottostiftung, der auch vom Bezirk und von der Sozialverwaltung unterstützt wurde. Leider ohne Erfolg. Der Seniorentreff hat keine Priorität, so die Beurteilung des Lottorats. Für die Volkssolidarität hingegen hat die „Stille Straße“ Priorität. Auch



Protest 2012 gegen die Schließung der Seniorenfreizeitstätte

Stellungnahme für die Zukunftsentwicklung der Stillen Straße eingesetzt hat. Ein schwerer Schlag vor allem für die Seniorinnen und Senioren, die durch ihre mutige Besetzung 2012, die Schließung ihrer Einrichtung verhindern konnten. Über 100 Tage haben sie rund um die Uhr ihr Haus verteidigt und damit ein mutiges Zeichen gesetzt, das um die Welt ging und viel Beachtung und Unterstützung aus nah und fern fand.

Nachdem sich der Bezirk daraufhin entschloss, den Seniorentreff nun an einen freien Träger abzugeben, kam die Volkssolidarität Berlin zum Zug. Sie übernahm die Einrichtung und schloss mit dem Bezirk einen Nutzungsvertrag ab, zunächst für ein Jahr.

Nun musste geprüft werden, mit welchen Auflagen der Bezirk die Weiternutzung des Hauses genehmigt. Es zeigte sich schnell, dass der dringende Sanierungsbedarf enorme Kosten verursachen wird. Allein die Sicherung des Hauses durch Brandschutz und Barrierefreiheit bzw. eine moderne Heizungsanlage ergeben Kosten von mehr als 800.000 Euro.

der Bezirk Pankow erkennt inzwischen, dass der Seniorentreff für die soziale Infrastruktur der Region von großer Bedeutung ist. Auf dieser Grundlage will nun die Volkssolidarität prüfen, ob zukünftig die Stille Straße zu einer interkulturellen und intergenerativen Einrichtung für den Sozialraum Alt-Pankow weiter entwickelt werden kann. Dazu ist es aber notwendig, dass die Volkssolidarität Möglichkeiten prüft, über die die Refinanzierung der Kosten für die Unterhaltung der Begegnungsstätte verwirklicht werden können.

Der Sozialverband wird alle Anstrengungen unternehmen, um gemeinsam mit dem Bezirk, den Unternehmens-töchtern der Volkssolidarität, anderen Partnern und dem Förderverein der Stillen Straße ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept zu entwickeln. Nur so könnten wir die Zukunft der Begegnungsstätte



„Stille Straße 10“ sichern und dazu beitragen, dass sich der Kampf gelohnt hat.

Heidi Knake-Werner
Vorsitzende der Volkssolidarität

Spekulant vom Wasserturm scheidet vor Gericht

Rainer Bahr (econcept) scheiterte auch in zweiter Instanz mit Verwertungskündigung und Räumungsklage gegen eine Mieterin der Belforter Straße 8. Das Landgericht Berlin fand in der Urteilsbegründung klare Worte: „Ob eine derartige, allein oder zumindest vornehmlich einem spekulativen Verkauf dienende Kündigung eines Wohnraummietverhältnisses bereits grundsätzlich nicht dem Schutzbereich der Art. 14 GG unterfällt und deshalb rechtsmissbräuchlich ist, bedurfte keiner abschließenden



Entscheidung.“ Auch ob der spekulative Erwerb mit dem Ziel intakte Wohnungen zum Zwecke von Abriss, Neubebauung und Verkauf eine „angemessene Verwertung“ darstelle oder einer Verwertungskündigung bereits grundsätzlich entgegenstehe, beurteilte es nicht.

Allein bei der Abwägung der Vor- und Nachteile, die aus einer Kündigung bzw. Fortsetzung des Mietverhältnisses resultieren, kam die Kammer zum Schluss, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verwertungskündigung nicht erfüllt sind, weil die Nachteile für den Mieter die des Eigentümers bei weitem überwiegen und die Wohnanlage auch im Bestand wirtschaftlich betrieben werden kann. Bemerkenswert auch diese Sätze aus der Urteilsbegründung:

„Dabei gewährt das Eigentum dem Vermieter keinen Anspruch auf Gewinnoptimierung oder auf Einräumung gerade der Nutzungsmöglichkeiten, die den größtmöglichen wirtschaftlichen Vorteil versprechen. Auch das Besitzrecht des Mieters an der gemieteten Wohnung ist Eigentum im Sinne von Art. 14 GG und deshalb grundgesetzlich geschützt.“



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Wider den Terror

> **Basistag mit leidenschaftlicher Debatte**

Am 13. Oktober hatte das Karl-Liebknecht-Haus besonders großen Zulauf. Bis in die hintersten Reihen des Rosa-Luxemburg-Saals waren alle Plätze belegt, denn das zentrale Thema dieses Abends treibt viele unserer GenossInnen um: Ist „Frieden schaffen ohne Waffen“ eine eher radikal realistische oder naiv pazifistische Position, wie es der Bezirksvorsitzende Sören Benn etwas zugespitzt formulierte.

Als Obmann im Auswärtigen Ausschuss debattierte ich darüber auf dem Podium durchaus kontrovers mit meinem Fraktionskollegen Jan van Aken, der auch außenpolitischer Sprecher ist. Im Mittelpunkt standen die Möglichkeiten zur Hilfe für die umkämpfte nordsyrische Stadt Kobanê, die seit Wochen von Terrormilizen des „Islamischen Staats“ belagert wird. Wir waren uns einig, dass der Druck auf die Türkei erhöht werden muss, um dem Abwehrkampf der Kurden dort keine Hindernisse in den Weg zu legen. Auch über eine gemeinsame Spendenaktion wurde diskutiert, da aber mit unterschiedlichen Ansätzen. Dürfen die KurdInnen auch Waffen davon kaufen oder nur zivile Hilfsgüter? Sehr emotional wurde die Debatte geführt um die Frage, welche Rolle die UNO in diesem



Flüchtlingslager an der türkisch-syrischen Grenze

Konflikt spielen soll und ob militärische Lösungen im Kampf gegen den IS befürwortet werden können. Wir LINKE, die wir beispielsweise auch die Interbrigaden im spanischen Bürgerkrieg gegen das Franco-Regime zu unserer Tradition zählen, machen es uns in der Frage der militärischen Gewalt besonders schwer. Sowohl Befürwortung als auch Ablehnung fanden gleichermaßen Rückhalt im Publikum. Es lag in der Natur der Sache, dass nicht alle Antworten jeden zufriedenstellten, aber ich teile die Einschätzung des Genossen Manfred Lauer, der auf Facebook postete: „Eine gelungene Veranstaltung“.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

Wahlkreisbüro **Stefan Liebich**

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Kurz aus dem Kiez

> **Rathauscenter wird größer**

Das Rathauscenter wird um eine Etage aufgestockt. Dadurch soll die Einkaufsfläche von derzeit 24.500 qm um 5.000 qm erweitert werden. Damit würde das Rathauscenter zum größten Einkaufszentrum des Bezirks.

> **Rechte Propaganda in Buch**

Ende Oktober haben Unbekannte die Zaunabspernung auf dem Gelände der

Kurz aus dem Kiez

zukünftigen Flüchtlingsunterkunft in der Karower Chaussee umgeworfen und ein Plakat mit fremdenfeindlichem Inhalt hinterlassen.

> **Pankow bekommt neue Parkzone**

Nach dem Willen der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) soll geprüft werden, ob die Parkraumbewirtschaftung auch auf den Raum zwischen Prenzlauer Allee, Greifswalder Straße, Ringbahn und Ostseestraße ausgedehnt werden kann. Damit soll sich die

Kurz aus dem Kiez

Parkplatzsituation für Anwohner entspannen. Kritiker fürchten, dass das Problem dadurch nur um ein paar Straßen verdrängt wird. Ob dem so ist, soll sich Anfang nächsten Jahres in dem Ergebnis einer Untersuchung zeigen.

> **Hakenkreuze im Mauerpark**

Unbekannte haben auf dem Basketballplatz im Mauerpark Hakenkreuze angebracht und angezündet. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Wohnen an der Michelangelostraße

> Städtebaulicher Wettbewerb

Derzeit läuft der städtebauliche Wettbewerb für Wohnungsneubau beidseits der Michelangelostraße. Für den nördlichen Bereich sollen Vorschläge für eine Nachverdichtung der 50er Jahre Bebauung bis zur Gürtelstraße erarbeitet und die südlichen Freiflächen mit einem neuen Wohnquartier bis an die Hanns-Eisler-Straße beplant werden. Eine Grundschule mit Sporthalle und Sportflächen sowie eine Kita sollen eingeplant werden. Bis zum 7. Oktober wurden über 200 Arbeiten eingereicht. Bis Mitte Dezember werden die Preisträger vom Preisgericht ermittelt.

Interessant ist, welche Bebauungsdichte und Wohnungsanzahl die Wettbewerbsteilnehmer vorschlagen und worauf die Jury bei ihrer Auswahl Wert legt.

Da Stadtrat Kirchner (Grüne) die Bauten der 50er Jahre zum Zielobjekt für Nachverdichtung erklärt hat, kann es für die Bestandshäuser nördlich der Miche-



Michelangelostraße – Blick auf die Wohnhäuser in der Hanns-Eisler-Straße

langelostraße im wahrsten Sinne des Wortes eng werden. Es wird an den Eigentümern – den Genossenschaften Zentrum, DPF und Merkur – liegen, eine Beeinträchtigung der Wohnqualität der Bestandswohnungen abzuwehren. Aber auch die langgestreckten elfgeschossigen Wohnhäuser der Gewobag an der Hanns-Eisler-Straße verlangen für eine heranrückende Neubebauung planerisches Geschick. Denn das alte Neubauquartier zeichnet sich durch großzügige Grün- und Freiflächen zwischen den hohen Häusern aus. Auf den Pkw-Stellplätzen, die zu einem großen Teil nördlich vor das Gebiet ausgelagert

wurden, sollen nun neue Wohnhäuser gebaut werden.

Dass an der Michelangelostraße neue Wohnungen gebaut werden sollen, ist ausnahmsweise mal unstrittig. Die verschiedenartige Baustruktur nördlich und südlich der Michelangelostraße mit einem neuen attraktiven Stadtquartier zu verbinden, ist eine Herausforderung

für Stadtplaner und Architekten, die im Dialog mit den Anwohner gemeistert werden sollte.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Containersiedlung in Buch

> Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen

Trotz absehbar steigenden Flüchtlingszahlen hat der Senat keine Vorsorge getroffen. Nun redet er von einer Not-situation, die er durch die Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen in Containersiedlungen lösen will. Eine davon, mit 480 Plätzen, soll im Stadtteil Buch entstehen. Das Bezirksamt war in die Planung nicht eingebunden, ist aber für die soziale Infrastruktur, wie zum Beispiel ausreichend Schulplätze, verantwortlich. Auch die bezirklichen Akteure wie der Bürgerverein oder das Bucher Bündnis für Demokratie blieben außen vor. Dies bemängelte der Bucher Bürgerverein in einem Brief an den Sozialsenator Czaja (CDU). Gleichzeitig schlägt

der Verein eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge vor und nennt leerstehende Immobilien im Stadtteil. Auch DIE LINKE lehnt die Unterbringung von Menschen in Containersiedlungen ab. Dies führt zu Ausgrenzung und Stigmatisierung. Die 43 Millionen Euro, die für den Kauf der Container vorgesehen sind, sollen für den Bau von vernünftigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und für bezahlbaren Wohnraum für alle genutzt werden. Wir wollen nachhaltige Lösungen, um die Flüchtlinge zu willkommenen Mitgliedern dieser



Flüchtlinge Willkommen – Kundgebung in der Rennbahnstraße

Gesellschaft zu machen. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle – generationsübergreifend und interkulturell.

Berlin hat kein Flüchtlingsproblem, Berlin hat ein Problem mit der Untätigkeit des Senats.



Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Betongold braucht keinen Plan

➤ **Rot-Grün lehnt Bürgerantrag ab**

Im Frühjahr 2012 hatte die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) mit breiter Mehrheit beschlossen, dass ein Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept für das Gebiet um den Thälmannpark erarbeitet werden soll. 2013/14 fand eine Voruntersuchung für ein solches Entwicklungskonzept unter breiter Beteiligung der Anwohnerschaft statt. Es gründete sich die Anwohnerinitiative Thälmannpark, die sich seitdem engagiert mit kompetenten Vorschlägen in die öffentliche Debatte einbringt.

So hatte sich das Bezirksstadtrat Kirchner und die SPD-Grüne-Zählgemeinschaft in der BVV die Sache aber offenbar nicht gedacht. Ein städtebauliches Gesamtkonzept, das die zukünftige Funktion des Areals zwischen Greifswalder und Danziger Straße, Prenzlauer Allee und Ringbahn für den ganzen Ortsteil Prenzlauer Berg bestimmt, hatten sie nie im Sinn. Sie wollten anscheinend auf diesem Wege lediglich Baurechte für Wohnungsbauinvestoren begründen und zusätzliche Städtebaufördermittel für öffentliche Anlagen akquirieren.

Die Anwohnerinitiative hat dagegen das städtebauliche Gesamtkonzept „teddy 2.0“ vorgelegt, das auch die Flächen östlich der Greifswalder Straße einbezieht und dessen Kernidee ein breites „grünes Band“ von der Prenzlauer Allee bis zur Kniprodestraße ist. Die Verfasser argumentieren schlüssig, dass der hoch verdichtete Prenzlauer Berg an dieser Stelle nicht noch weitere Wohnhäuser für tausende Bewohner braucht, sondern dass unter Einschluss der aufgegebenen Bahnfläche ein grüner Freiraum- und Erholungsbereich von hoher Aufenthaltsqualität für den ganzen Ortsteil



Thälmannpark

entwickelt werden soll. Darüber verweigerten SPD und Grüne in der BVV die Diskussion und lehnten den von LINKEN und Piraten unterstützten Bürgerantrag ab. Sie beschlossen stattdessen, eine Machbarkeitsstudie für eine Wohnbebauung auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße unter Einschluss der öffentlichen Parkplätze an der Lilli-Hennoch-Straße erstellen zu lassen. Während die SPD-Vertreter offen erklärten, dass man dem Verwertungsinteresse des Grundstückseigentümers an hochpreisigem Wohnungsbau und den Interessen der Wohnungsbaugeossenschaft Zentrum an Kauf und

Bebauung der öffentliche Parkplätze nachkommen wolle, druckten die Grünen rum. Bei aller Sympathie für das „grüne Band“ wolle man mit einer Diskussion dieses Plans keine Illusionen wecken, da man an die Flächen der privaten Investoren ohnehin nicht rankäme.

Eine Kapitulation. SPD und Grüne haben sich von einer nachhaltigen gemeinwohlorientierten Stadtplanung verabschiedet und überlassen die Stadt den Renditeinteressen der privaten Investoren.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

BÜRGERBÜRO

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin
030/547 13 44 8
030/547 13 44 9
buero@berlinxx.net



**Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und Klaus Lederer**

Personalnot im Bezirk

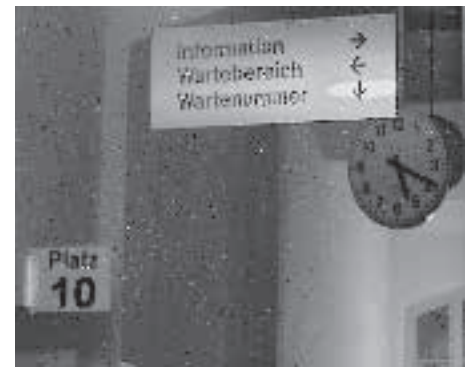
➤ Personalabbau stoppen, Personalentwicklung starten

Das Personal in den Bezirksämtern ist immer mehr Gegenstand der öffentlichen Debatte. Das ist neu und gut so. Die unhaltbare Situation in den Bezirksämtern führt endlich dazu, dass die Forderungen aus den Bezirken zur Streichung der Personalzielzahl von 20.000 Vollzeitbeschäftigten in zwölf Bezirken bis 2016 und die Entwicklung eines neuen Personalkonzepts für die wachsende Stadt eine Chance hat. Im Juli 2014 hat der Rat der Bürgermeister einen Beschluss zur „Personalpolitik für die Berliner Bezirksverwaltungen“ gefasst. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) hat im November 2014 mit einem Antrag diese Forderung bekräftigt.

Konkret zur Veranschaulichung des Personalnotstands in der Pankower Bezirksverwaltung einige Zahlen und Fakten: Im Januar 2007 haben Beschäftigte auf 2.327 Vollzeitstellen öffentliche Leistungen für rund 350.000 PankowerInnen erbracht. Im Januar 2014 waren es 2.092 Beschäftigte auf 2.037 Vollzeitstellen für rund 377.000 EinwohnerInnen.

Die Einwohnerzahl ist seit 2007 um sieben Prozent gestiegen, die Stellenzahl um 12,5 Prozent gesunken!

Außerdem sind in Folge von Gesetzesänderungen Aufgaben hinzugetreten, die gar nicht oder ungenügend personell ausgestattet wurden. Folgen der verfehlten Personalpolitik der letzten Jahre sind die Überalterung der Belegschaft und ein hoher Krankenstand. Das Durchschnittsalter im Pankower Bezirksamt beträgt aktuell 50 Jahre, in den nächsten zehn Jahren scheiden von den 2.092 Beschäftigten 685 altersbedingt aus. Der Krankenstand im Berliner Landesdienst beträgt 9,8 Prozent, in meinem Jugendamt 15 Prozent. Das wiederum erhöht den Leistungsdruck auf die verbliebenen MitarbeiterInnen, die trotz hoher Arbeitsintensität lange Wartezeiten im Bürgeramt oder bei Kitagutscheinstelle, Bearbeitungsrückstände von Anträgen, mangelnde Pflege des öffentlichen Grüns, fehlende Zeit für Familien durch Sozialpädagogen nicht mehr ausgleichen können. Nachbesetzungen freier werdender Stellen, insbesondere bei



Bitte ziehen Sie eine Wartenummer.
– Bürgeramt Fröbelstraße

Führungspositionen, erweisen sich als schwer, da Berlin mit dem Tarifvertrag und den Arbeitsbedingungen kein attraktiver Arbeitgeber ist. Außerdem sind Bezirksämter, Senatsverwaltungen und Bundesbehörden in Konkurrenz um gute Arbeitskräfte. Es ist klar, wer gewinnt.

All diese Argumente haben den Senat und vor allem den scheidenden Finanzsenator noch nicht überzeugt. Ich erwarte vom neuen Regierenden Bürgermeister und seinem neuen Finanzsenator sofortiges Handeln für die Bezirksämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Christine Keil
Stadträtin für Jugend
und Immobilien

Christine Keil
Stadträtin für Jugend
und Immobilien

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

14. November • 10 Uhr „Arbeitnehmerfreizügigkeit und Zugang zum Arbeitsmarkt in Berlin“ mit Elke Breitenbach (MdB), Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

• **17 Uhr Neumitgliedertreffen DIE LINKE Berlin**, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin mit Gregor Gysi (MdB)

19. November • 19 Uhr „Zur Zukunft der Demokratie in Berlin“, Diskussion mit Dr. Klaus Lederer (MdB) und Dr. Michel Efler (Mehr Demokratie e.V.), Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, Raum 311, 10117 Berlin

22. November • 19 Uhr „Das Ende der SED – Die letzten Tage des Zentralkomitees der SED“, Spielfassung

von theater 89, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

24. November • 18.30 Uhr „Rotes Sofa“, Regina Kittler und Dr. Manuela Schmidt (MdB) im Gespräch mit Stefan Liebich (MdB) zur Linken Außenpolitik im Abgeordnetenbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

26. November • 19 Uhr „Der Wandel in der Haltung der Bundesregierung zur DDR im Verlauf der Herbstrevolution (November 1989 bis Februar 1990)“, Diskussion/Vortrag mit Prof. Dr. Jörg Roesler, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

27./28. November • 18 Uhr „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“, Konferenz aus Anlass des 25. Jahrestages des

außerordentlichen Parteitags der SED/PDS im Dezember 1989, Jerusalem-Kirche, Lindenstraße 85, 10969 Berlin

2. Dezember • 19 Uhr „In ihrem gegenwärtigen Zustand ist unsere Partei eine Gefahr für das Land“, Diskussion/Vortrag mit Dr. Thomas Falkner, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

8. Dezember • 16.30 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach (MdB) im Bürgerbüro, Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin

15. Dezember • 18 Uhr Basistag der LINKEN Pankow, zu Gast bei der Linksfraktion in der BVV, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

14. Januar • 17.30 Uhr 28. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal



Kinder, Kinder

Der Stammtisch war wieder verabredet. Treffpunkt „Eiserner Gustav“. Pünktlich 11 Uhr, die ersten Körner und Biere rannen die ausgetrockneten Kehlen herunter. Die Seufzer waren ausgehaucht und Lena leitete schon die Diskussion ein. „Facebook und Apple bieten ihren weiblichen Beschäftigten an, ihren Kinderwunsch auf Eis zu legen. Sie bezahlen das Einfrieren der Eizellen. Kosten bis zu 20.000 Dollar.“

„Das ist doch sehr sozial gedacht. Kinderlosigkeit ist Voraussetzung, um leitende Funktionen im Unternehmen besetzen zu können“, meinte der Betriebsleiter Gunter. Beinahe Tumult. Typisch Mann, jede Frau hat das Recht, Kinder zu gebären, wann und wie sie will. Beispiele für die Nichterfüllung des Kinderwunsches nach dem 30. Lebensjahr gibt es genug. Mit 40+ ist eine Geburt

schon ein medizinisches Wunder. Klaus: „Ich bin Vater von zwei Kindern und bis zum 25. Lebensjahr war alles vollbracht. Meine Frau und ich arbeiteten danach erfolgreich in stark fordernden Funktionen. Die Arbeit wurde geteilt und die gemeinsame Freude genossen. Nun bin ich Urgroßvater und habe wieder die Spannung und Erwartung auf Kinderlachen. Nur die duftenden Windeln werde ich nicht wieder auskosten dürfen. Pampers machen das Kinderkriegen viel leichter. Aber eins besorgen die kleinen Geister – einen großen Schritt in der Persönlichkeitsentwicklung der Eltern.“

Nur vom Trinken unterbrochen ging die Diskussion mit Erlebnissen aus der Zeit der „Kindwerdung“ weiter. Zum Glück sind junge Leute viel vernünftiger als überalterte Manager.

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 31. Oktober 2014
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 26. Januar 2015.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Jens Dähnel, Dominic Heilig, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE Berlin
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
 BLZ: 100 200 00
 Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU mittel Vitamine für's Gehirn schwer

	6				1			
			6	5		2		
	3	9		4		6		
		2		7	1			
4		7					1	
	1			8			9	
5		6		2	9	4		1
	4					2		
								8

		5		3					
				4			8		
						5			
5						7		8	4
		6		9			5		
				5		1			2
6	1								8
	8					4	6		
				6			2	4	

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.